

Stellen 2022 über den Pakt für den ÖGD

In der Sitzung des POA am 19.10.2021 wurde dem Stadtrat eine Erweiterung des Stellenplans für das Gesundheitsamt im Umfang von insgesamt 24,50 VK vorgeschlagen. Zusätzlich wurde im Referat für Umwelt und Gesundheit eine Stelle (1 VK) für die Öffentlichkeitsarbeit im Gesundheitsdienst neu ausgewiesen. Die Stellen werden aus Mitteln des ÖGD-Pakts teilfinanziert. Die Förderquote beträgt ca. 66,8 %. Die Neuausweisung dieser Stellen wurde in den Haushaltsberatungen am 18.11.2021 beschlossen.

Von den 25,5 VK wurden 5 Stellen bereits in der Vorlage zum POA konkret beschrieben. Für 20,5 VK-Stellen, die zunächst befristet bis Ende 2026 als sogenannte Dummy-Stellen im Stellenplan 2022 ausgewiesen werden (Ifd. Nr. 95), müssen die Aufgaben noch konkretisiert und in Arbeitsplatzbeschreibungen niedergelegt werden. Die konzeptionellen Grundüberlegungen werden im vorliegenden Text dargestellt.

Aufbau langfristiger Strukturen im Gesundheitsamt zur Vorbereitung „Besonderer Gefahrenlagen“ (BesoGef) sowie zur Bewältigung und Prävention infektiologischer Lagen

2022 gesamt: 10,25 VK

Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen im Umgang mit der SARS-CoV-2 Pandemie hat Gh ein Konzept erstellt:

- zur Vorbereitung auf besondere, insbesondere infektiologische, Gefahrenlagen
- bzgl. der Infektionsprävention v.a. in interpandemischen Phasen und
- eines effizienten Managements von Pandemien und Epidemien als auch größerer Ausbruchsgeschehen

Die aktuelle SARS-CoV-2 Pandemie wird sich nach aktueller wissenschaftlicher Einschätzung wahrscheinlich wie folgt weiterentwickeln:

- Abflachen der 4. Welle im Frühjahr 2022
- Notwendigkeit von Auffrischungsimpfungen ein- bis dreimal jährlich mit an die vorherrschenden Varianten angepassten Impfstoffen, Frequenz nach Alter und Priorität gestaffelt
- rezidivierendes Auftreten von Ausbruchsgeschehen/Epidemien auf Grund von Impfdurchbrüchen, Hotspots in impfkritischen Settings, Auftreten neuer Virus-Varianten, Einschleppen von Infektionen aus Regionen mit niedriger Impfquote

Hinzu kommt, dass das Risiko weiterer Pandemien im Vergleich zu früheren Jahrhunderten – im 21. Jahrhundert ist die SARS -CoV-2 Pandemie bereits die dritte Pandemie neben der Schweinegrippe 2009 und der Virusgrippe 2017/2018 - angestiegen ist. Dies hängt insbesondere mit folgenden Faktoren zusammen:

- dem weltweiten exponentiellen Bevölkerungswachstum
- der weltweiten Zunahmen an Zoonosen (Infektionskrankheiten, welche von Tieren auf den Menschen übertragen werden) auf Grund von Massentierhaltung und Vordringen in Habitate von Wildtieren
- der weltweiten Mobilität

Aus den bisher deutschlandweit sowie ebenso innerhalb Nürnbergs erhobenen Daten ist ersichtlich, dass vor allem in „sozial angespannten Quartieren“ das Infektionsrisiko besonders hoch ist. So treten knapp 50% der Infektionen in Nürnberg in angespannten Quartieren auf, während dort lediglich 38% der Bewohnerinnen und Bewohner leben.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine kommunale Infektionspräventionsstrategie insbesondere mit Schwerpunkt auf in größerem Umfang betroffenen Stadtteilen zu erarbeiten.

Das Konzept beinhaltet folgende Aufgabengebiete:

- Monitoring: Surveillance (Überwachung) von Infektionskrankheiten. Statistische Auswertung von Risikofaktoren sowie Berichtswesen stellen die Grundlage für das Infektionsmanagement inklusive Zielgruppen spezifischer Maßnahmen dar
- Containment: das Management von Index- und Kontaktpersonen inkl. damit verbundener Sonderaufgaben wie das Management von diagnostischen Maßnahmen wie z.B. Management von Abstrichen/Postexpositionsprophylaxe bilden das Kernelement im Falle akuter Ausbrüche, Epidemien und Pandemien
- Beratung und Information: individuelle Beratungen (Hotline) und Aktivitäten wie Informationsveranstaltungen in Settings wie Kitas oder Schulen sind ein wichtiges und nachgefragtes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger
- Prävention: Erarbeitung einer kommunalen Infektions- Präventionsstrategie inkl. niedrigschwelliger stadtteilbezogener Ansätze und solcher in sensiblen Einrichtungen wie z.B. Gemeinschaftsunterkünften (GUs)

Zur Umsetzung dieser Aufgabenbereiche sollen dienen:

- ein Stab „Besondere Gefahrenlagen“, der Gh-Leitung zugeordnet
- ein Sachgebiet Epidemiologie im Bereich Infektionsschutz (Inf), welches sich in die zwei Aufgabengebiete Monitoring und Containment aufgliedert
- sowie ein Sachgebiet Kommunale Präventionsstrategie im Bereich Gesundheitsförderung (GF), welches sich bzgl. der infektionspräventiven Aufgaben in die zwei Themen Beratung/Information und Prävention aufgliedert.

Aufgaben des Stabes Besondere Gefahrenlagen (BesoGef)

1,0 VK

Im Regelbetrieb, der allgemeinen Aufbauorganisation (AAO) müssen folgende Aufgaben erfüllt werden:

- Vorbereitung des Managements von Pandemien und Epidemien (sowie anderer Krisensituationen) in Absprache mit allen relevanten städtischen Akteuren wie z.B. FW
- Weiterentwicklung der „Besonderen Aufbauorganisation/Gh“ für Krisenfälle (BAO)
- Schulung der Mitarbeiter von Gh, die in besonderen Gefahrenlagen Schlüsselpositionen besetzen
- Durchführung von Übungen bezüglich des reibungslosen Zusammenwirkens in den Stabsfunktionen
- Entwicklung und Aktualisierung eines allgemeinen Alarmplanes für das Gh inkl. themen- bzw. lagebezogener Handlungsanweisungen wie Arbeitskarten, Flussdiagramme und Alarmkaskaden unter jeweiliger Beachtung von Empfehlungen übergeordneter fachlicher Institutionen wie RKI und LGL
- Beschaffung und Bevorratung des für Gh für besondere Gefahrenlagen erforderlichen Equipments
- Teilnahme an Fortbildungen zum Thema Katastrophenschutz

In der „Besonderen Aufbauorganisation“ (BAO, „Krisenstab“), z.B. während einer Pandemie:

- Leitung des Krisenstabes Gh mit seinen Sachgebieten und Teams

Aufgaben des Sachgebiets Epidemiologie, Aufgabenbereich Monitoring im Bereich Infektionsschutz

im Jahr 2022 2.5 VK

Aufgabenschwerpunkte:

- Wissenschaftliche Recherchen und Analysen
- Aufbau eines Sentinel-Systems (ein auf freiwilliger Mitarbeit der Beteiligten aufbauendes System epidemiologischer Meldungen) für Nürnberg zur Überwachung von infektiologischen Krankheiten in der Bevölkerung
- Statistische Auswertung im Fall von Epidemien und Pandemien zur Identifizierung von Hotspots, Erkennen von Infektionsmustern und besonders gefährdeten Personengruppen oder Infektionstreibern
- Darstellung der Prozesseffizienz bzgl. der Abarbeitung von Ausbrüchen, Epidemien und Pandemien
- Evaluierung von Maßnahmen des Infektionsmanagements
- Darstellung der Lage in einem Dashboard bei Ausbrüchen, Epidemien und Pandemien
- Infektionsbezogene Gesundheitsberichterstattung

Aufgaben des Sachgebiets Epidemiologie, Aufgabenbereich Containment im Bereich Infektionsschutz

im Jahr 2022 3,0 VK

Aufgabenschwerpunkte:

- Meldewesen
- Erstellung eines Prozessmanagementplans auf Grundlage der Analysen des Aufgabenbereichs Monitoring
- Datenabgleich/Abfragen von Symptomen
- In Isolation/Quarantäne Setzen und Entlassung aus der Isolation/Quarantäne von Indexpersonen und Kontaktpersonen
- Management von diagnostischen Maßnahmen, z.B. Abstrichmanagement oder Postexpositionsprophylaxe
- Erstellen von Informationsschreiben für die Fachöffentlichkeit und Bevölkerung

Zur **Verwaltungsunterstützung** sind im Sachgebiet Epidemiologie für beide Aufgabenbereiche **0,75 VK** vorgesehen.

Aufgaben der Schwerpunkte Beratung/Information zu Infektionen und Prävention im Bereich Gesundheitsförderung

im Jahr 2022 3,0 VK

Inhaltliche Themenschwerpunkte in interpandemischen Phasen werden Hygienemaßnahmen und Impfungen mit besonderer Berücksichtigung der Grundimmunisierung von Kindern und vulnerablen Gruppen sowie der „angespannten Quartiere“ sein. Desgleichen sollen niederschwellige Aufklärungsmaßnahmen für den Fall von Epidemien und Pandemien vorbereitet werden.

Hierfür werden die erhobenen Daten des Aufgabenbereichs „Monitoring“ genutzt und diese medial für verschiedene Zielgruppen aufbereitet.

- Individualberatung und Telefonberatung (auch in unterschiedlichen Sprachen)
- Gruppenangebote wie altersadäquate handlungsorientierte Unterrichtseinheiten für (Grund-) Schülerinnen und Schüler sowie pädagogisch aufbereitete Aufklärungseinheiten in den Kitas
- Elternabende in Kitas, Grund- und weiterführenden Schulen
- Niederschwellige Angebote in Gemeinschaftsunterkünften oder Einrichtungen der Altenhilfe
- Schulungen von Personal in den o. g. Einrichtungen
- Niederschwellige Angebote mit Beratung, ggf. auch mit Sprachmittlern = muttersprachlichen „Hygienelotsen“ in enger Kooperation mit der Stadtteilkoordination v.a. in sozial angespannten Stadtteilen – MULIN (Multilinguale Task force)

Stärkung der Aufgabenbereiche Gesundheitsförderung/Gesundheitsplanung

im Jahr 2022 5,0 VK

Gemäß dem Ende Juni 2018 durch die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) beschlossenen Leitbild für einen modernen öffentlichen Gesundheitsdienst erhalten die Aufgabenbereiche Gesundheitsförderung/Gesundheitsplanung/Koordination eine zunehmende Bedeutung und werden bei Gh personell aufgestockt.

Gesundheitsberichterstattung

Der Aufgabenbereich Gesundheitsberichterstattung (GBE) analysiert und beschreibt den Gesundheitszustand der Bevölkerung und die Verbreitung von Gesundheit beeinflussenden Faktoren.

Die in der GBE bzgl. der Vielzahl gesundheitsrelevanter Themen gewonnenen Erkenntnisse dienen der Politikberatung, der Information von Akteuren v.a. im Gesundheitswesen und stellen die Grundlage für die Konzeptionierung von Aktivitäten in der Gesundheitsförderung und Gesundheitsplanung dar und wird daher personell verstärkt.

Dezentrale Gesundheitsförderung

Grundsätzliches Ziel der Dezentralen Gesundheitsförderung ist es, die gesundheitliche Lebensqualität direkt in den Stadtteilen, dort, wo Menschen wohnen und leben, zu verbessern. Gemeinsam mit bereits bestehenden Netzwerken und Einrichtungen vor Ort wie z.B. Stadtteilkoordination, Stadterneuerung/Quartiersmanagement, Seniorennetzwerken, aber auch Jugend-, Sozial- und Seniorenamt sowie den Bewohnerinnen und Bewohnern werden nachhaltige Strategien und Angebote vor Ort entwickelt und etabliert. Hierzu gehören sowohl verhaltensbezogene Angebote, z.B. zur gesundheitlichen Kompetenzentwicklung in den Bereichen Ernährung, Bewegung, Entspannung oder Stressbewältigung als auch Maßnahmen, die auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gesundheit im Stadtteil zielen.

Die Auswahl der Gebiete entspricht dem Anspruch, zur gesundheitlichen Chancengerechtigkeit beizutragen. Aus der Forschung ist bekannt, dass ein niedriger Sozialstatus deutlich häufiger mit einer geringeren gesundheitlichen Lebensqualität einschließlich langfristiger (gesundheitlicher) Folgen einhergeht.

Nürnberg war bundesweit die erste Kommune, die beginnend im Jahr 2017 ein solches Projekt zur „Kommunalen Gesundheitsförderung“ gemäß Bundespräventionsgesetz mit dem Kooperationspartner AOK in vier Stadtteilen verwirklichte. Die Förderung durch die AOK endet Ende Juli 2022. Die Unterstützung der Verstetigung von Aktivitäten dieses und anderer, künftig implementierter Projekte ist durch Schaffung personeller Ressourcen im Bereich Gesundheitsförderung geplant. Im Vorfeld sind Evaluationskonzepte zu erstellen sowie Evaluationsansätzen in der Gesundheitsförderung und bei der Projektdurchführung zu steuern.

Zwei weitere Anträge zur Förderung dezentraler Projekte zur Gesundheitsförderung sollen bei der AOK gestellt werden. Der eine wird den Schwerpunkt „Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ und das Ziel der Schaffung eines Präventionsnetzes zur psychischen Gesundheit vor Ort haben, wobei geplant ist, im Sinne der Kontinuität die geknüpften Kooperationen in Stadtteilen des ersten Projekts gewinnbringend zu nutzen. Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in Deutschland aufgrund der COVID-19-

Pandemiephase verschlechtert. Während vor der Pandemie rund 18 % psychische Auffälligkeiten zeigten, zeigt die COPSY-Studie des Universitätskrankenhauses Eppendorf (UKE), dass nun knapp jedes dritte Kind unter Ängsten, Depressionen oder psychosomatischen Beschwerden leidet. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen (Ravens-Sieberer et al., 2020). Die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen hat zu einem Verlust von stabilisierenden Strukturen, zu Verringerung sozialer Kontakte oder zu Kontaktabbrüchen geführt und damit die psychische Gesundheit zum Teil nachhaltig beeinträchtigt. Dem soll mit Präventionsprogrammen wie „Verrückt? Na und!“ zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen/Schülern und Lehrkräften, Maßnahmen zur Stärkung der sozial-emotionalen Kompetenzen wie der Entwicklung und Umsetzung von geeigneten, altersadäquaten Angeboten begegnet werden. Ein zweites Projekt soll sich mit dem Thema der Stärkung von Eltern und der Bindung zum Kind als wesentliche Voraussetzung für eine gesunde psychische Entwicklung von Kindern befassen und als „Pilot“ in einem Stadtteil initiiert werden. Hier ist eine enge Kooperation mit den Frühen Hilfen geplant.

Vergleichbare Projekte wie die o.g., die einen personellen Einsatz von mindestens 2.0 VK erfordern, können letztlich nur mit Drittmitteln realisiert werden. Daher sollen personelle Ressourcen für die Konzeptionierung (dezentraler) Projekte und die Einwerbung von Drittmitteln, z.B. im Rahmen des Bundespräventionsgesetzes geschaffen werden, was neben der fachlichen Expertise ein fundiertes Wissen hinsichtlich der rechtlichen Gegebenheiten, der Arten der Förderung sowie der Beantragung und Abwicklung von Drittmittelprojekten erforderlich macht.

Kommunale Präventionsstrategie

Im Gegensatz zur Dezentralen Gesundheitsförderung kümmert sich das Sachgebiet „Kommunale Präventionsstrategie“ zum einen um eine Gesamtstrategie bzgl. Gesundheitsförderung und Prävention für Nürnberg und zum anderen um gesamtsstadtbezogene zielgruppenspezifische Präventionsstrategien. Die städtische Gesamtstrategie wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der GBE, in enger Abstimmung mit der Bereichs- und fachlichen Dienststellenleitung sowie unter Beteiligung relevanter Kooperationspartner wie städtischer Dienststellen und externer Träger entwickelt und den städtischen Gremien vorgestellt.

Zum Aufgabengebiet der gesamtsstadtbezogenen zielgruppenspezifischen Präventionsstrategien gehören v.a. bzw. sind im Aufbau begriffen:

- Infektionsprävention/Hygiene-Beratung
- Geschlechtsspezifische Prävention
- Migrationspezifische Prävention

Die bislang lediglich 0,5 VK für die **Leitung des Bereichs Gesundheitsförderung** mit knapp 20 VK wurden um **0,5 VK** aufgestockt, so dass jetzt 1,0 VK für die Aufgabe zur Verfügung stehen.

Stärkung der Psychiatriekoordination im Bereich Kinder und Jugendliche

0,5 VK

Im Bereich der Erwachsenen ist eine Psychiatriekoordinatorin am Gh mit folgenden Aufgaben betraut:

- Koordination und konzeptionelle Entwicklung der psychiatrischen Versorgung und der Suchthilfe in Kooperation mit dem Bezirk Mittelfranken, den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und der Suchtbeauftragten der Stadt Nürnberg
- Als Geschäftsführerin der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Nürnberg Zuständigkeit für die Vernetzung der Akteure des sozialpsychiatrischen Versorgungssystems mit dem primären Ziel, die Versorgung psychisch kranker Menschen v. a. im außerklinischen Bereich zu verbessern.

Aktuelle Problemlagen und Themen werden in Form von Arbeitskreisen und Fachtagen aufgegriffen.

In Bezug auf Kinder- und Jugendliche gibt es das „Nürnberger Bündnis für seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ (Bündnis Junge Psyche) mit einer Geschäftsführung bei Gh, welche mit 0,5 VK für zwei Jahre (aktuell bis Ende 2023) befristet ist. Aufgrund der Pandemiesituation konnte die Arbeit in den letzten eineinhalb Jahren nur in sehr eingeschränktem Umfang durchgeführt werden.

Vor der Corona Zeit wurden v.a. Einzelthemen wie die Durchführung von Fallkonferenzen und präventive Aktivitäten aufgegriffen.

Eine auf Dauer angelegte personelle Kapazität für eine Psychiatriekoordination im Bereich Kinder und Jugendliche soll analog zum Bereich Erwachsene:

- einen Überblick über die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Nürnberg schaffen
- alle wesentlichen Akteure des Versorgungssystems vernetzen
- übergeordnete Problematiken aufgreifen und in Arbeitskreisen behandeln (z.B. Kooperation an den Schnittstellen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, Versorgung von jungen Erwachsenen und Jugendlichen mit Doppeldiagnosen Sucht und psychischer Erkrankung usw.)
- eine „Netzwerkkarte“ der im Bereich psychische Kinder- und Jugendgesundheit bestehenden Kooperationen erstellen
- langfristig ein System der regionalen Psychiatrieberichteinstellung schaffen

Stärkung der FQA

1,5 VK Stellen

Grundlage der Arbeit der Fachstelle Pflege- und Behinderteneinrichtungen - Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) ist das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (PfleWoqg). Die Pflegefachkräfte des Teams überprüfen v. a., ob eine angemessene Qualität der Betreuung und Pflege gewährleistet ist, führen Pflegekontrollen durch und prüfen die Pflegedokumentationen sowie das Qualitätsmanagement (z. B. Konzeptionen, Standards) in den Einrichtungen.

Seit Jahren liegt ein Schwerpunkt bzgl. der in den Einrichtungen vorgefundenen Mängel im Qualitätsbereich „Pflege und Dokumentation“. Desgleichen ist ein Anstieg der Anzahl anlassbezogener Begehungen aufgrund von Beschwerden zum Themenkomplex Pflege, insbesondere auch in der Zeit nach den Lockdown Maßnahmen während der SARS-CoV-2 Pandemie, zu verzeichnen.

Daher wird die personelle Kapazität im Bereich Pflege/FQA verstärkt, was Gh auch in die Lage versetzen wird, im Fall von Ausbrüchen, Epidemien und Pandemien vermehrt Beratungen in betroffenen Einrichtungen durchzuführen.

Die bislang lediglich 0,5 VK für die **Leitung des Bereichs Hygiene** mit 28 VK, welchem die FQA zugeordnet ist, wurden um **0,5 VK** aufgestockt, so dass jetzt 1,0 VK für die Leitung zur Verfügung stehen.

Stärkung der internen Verwaltungsunterstützung bei Gh sowie des Rechtsvollzugs

3,25 VK

Bei der Gewinnung von geeignetem Personal stehen städtische Dienststellen in zunehmenden Wettbewerb zu anderen Arbeitgebern. Dies zeigt sich speziell auch bei der Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten und sonstigem qualifiziertem medizinischen Fachpersonal für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Bei der Personalakquise sind zudem umfangreiche rechtliche Vorgaben wie das AGG, die Vorgaben des Sozialgesetzbuches sowie das Besoldungs- und Tarifrecht zu beachten und umsetzen. Die Gestaltung von attraktiven Aufgabenzuschnitten und Teilzeitbeschäftigung verursacht zusätzliche Verwaltungsaufgaben, die qualifiziert und zuverlässig erledigt werden müssen. Voraussetzung hierfür ist ein aktiveres und weiter professionalisiertes Personalmanagement bei Gh, das mit der bestehenden Kapazität nicht mehr abbildbar ist.

Für die Einführung des Dokumentenmanagementsystems ist eine Aktualisierung des Schriftgutmanagements (elektronischer Aktenplan) sowie neben der konzeptionellen auch die praktische Unterstützung der Nutzerinnen und Nutzer beim Einsatz erforderlich.

Im Zusammenhang mit der Einführung der Impfpflicht gegen Masern und COVID-19 aber auch durch die vielfältigen Kontaktbeschränkungsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie ist eine Fülle neuer Aufgaben im Rechtsvollzug bei Gh entstanden, die unter anderem Beratungen, Kontrollen und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten umfasst. Gerade in der aktuellen Situation zeigt sich, dass gesetzliche Vorgaben nur mit wirksamen Kontrollen nachhaltig durchzusetzen sind. Die konsequente Verfolgung verhängter Ordnungsmaßnahmen setzt jedoch in jedem Einzelfall eine nachvollziehbare Sachverhaltsaufklärung und Dokumentation voraus für die neben ausreichender IT-Unterstützung auch genügend Personal vorgehalten werden muss. Die Fallzahlen bei Ordnungswidrigkeiten sind aktuell sehr hoch und werden aufgrund der aktuellen Vorschriften im Infektionsschutzrecht voraussichtlich zukünftig weiter deutlich ansteigen.

Ausblick

Im Rahmen des ÖGD-Pakts sind weitere Stellenausweisungen für den Haushalt 2023 sowie der Entfall von Fristvermerken in den Jahren 2024 bis 2026 geplant. Diese Stellenplanveränderungen sind noch nicht konkret konzipiert. Vorgesehen sind weitere Stellenschaffungen in den Bereichen Bestattungswesen, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst, Epidemiologie und Infektionsprävention, Fachstelle für sexuelle Gesundheit und in der Fachberatung Qualitätssicherung und Aufsicht für Einrichtungen der Altenhilfe (FQA).

Die Bereitstellung der erforderlichen zusätzlichen Arbeitsplätze für die weiteren Stellen ist im Laufe des Jahres 2022 zu realisieren. Im Zuge der Suche nach geeigneten Büro- und Diensträumen wird eine Konzentration bisher „verstreut“ in Außenstellen angesiedelter Funktionen des Gh angestrebt. Sobald hierzu konkrete Informationen vorliegen, wird Gh im Gesundheitsausschuss berichten.

Nürnberg, 10.01.2022
Gesundheitsamt

gez. Dr. Günther
(2308)

gez. Sembritzki
(39129)